

Schwerpunkt Coronavirus in Liechtenstein

Situationsbericht Acht weitere Coronafälle

VADUZ Innerhalb eines Tages wurden acht weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Das teilte die Regierung am Mittwoch mit. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 6,9 neue Fälle pro Tag gemeldet. Die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie beläuft sich mittlerweile auf 2956 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 2839 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 57 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv infiziert sind demnach aktuell 60 Personen, davon befanden sich Stand Mittwochabend sieben Personen im Spital. 39 Personen befanden sich in Quarantäne, weil sie im Kontakt zu einem infizierten gestanden sind. (red/ikr)

«Selbstbestimmung» Stocker-Petition im Landtag chancenlos

VADUZ Die Corona-Petition von Werner Stocker «Gesundheitliche Selbstbestimmung» hat im Landtag keine Mehrheit gefunden. Die Bittschrift orientiert sich an der Initiative «Stopp Impfpflicht» aus der Schweiz, wie Stocker bereits im Februar gegenüber dem «Volksblatt» sagte. Die Petitionäre betrachten die Coronamassnahmen als unverhältnismässig und verfassungswidrig. Zudem bezeichnen sie Masken als gesundheitsschädigend. Auch mit dem Testen hat das Milieu um Werner Stocker grosse Mühe. Thomas Rehak (DpL) sagte: «Die Petitionäre wollen sicherstellen, dass die gesundheitliche Selbstbestimmung gewährleistet ist. Für mich fehlt hier noch der Zusatz, dass diese Selbstbestimmung dort Grenzen finden muss, wo das Allgemeinwohl gefährdet ist.» So sei er zum Beispiel der Ansicht, dass das Tragen von Masken für die meisten Menschen zumutbar und verhältnismässig sei. Gleichzeitig forderte Rehak, dass die Masken aus dem Schulalltag möglichst bald verschwinden sollen. Der angebliche Sauerstoffmangel sei nachteilig für den Lernerfolg. Bildungsministerin Dominique Hasler erwiderte, oberstes Ziel sei, die Schulen offenzuhalten. «Das ist eigentlich atypisch in einer Pandemie. Entsprechend hoch ist der Aufwand», so Hasler. Ziel sei aber jedenfalls schnellstmöglich zurück zur Normalität zu finden. Gesundheitsminister Manuel Frick stellte klar: «Durch das Tragen einer Maske entsteht kein Sauerstoffmangel im Körper. Das ist erwiesen.» Entsprechend sei eine Maskenpflicht auch kein Eingriff in die persönliche Integrität. Bezüglich Coronatests erklärte Frick, dass es hierzu keine Verpflichtung gebe - mit Ausnahme der von der Amtsärztin angeordneten Tests beim Ausbruchmanagement. Beim Impfen hingegen sei der Zwang komplett ausgeschlossen. Auch indirekt sieht Frick einen solchen nicht. Schliesslich konzentriert sich das in Planung befindliche Corona-Zertifikat auf Getestete, Genesene und Geimpfte. Der Privatwirtschaft könne der Staat aber nicht verbieten, eigene Regeln zu treffen, sagte Frick. Dies hatte der Abgeordnete Patrick Risch (Freie Liste) gefordert. Die Abgeordneten konnten der Petition also durchaus auch positive Aspekte abgewinnen. Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz: «Ich verstehe die Sorgen über den gesundheitlichen Einfluss der Massnahmen.» Dennoch stimmten am Ende nur vier für eine Überweisung an die Regierung. Die schweigende Mehrheit versammelte sich damit eher hinter den Ausführungen von Georg Kaufmann (Freie Liste): «Ich bin der Meinung, die Massnahmen waren zu jeder Zeit notwendig.» (ds)

Das will der neue Landtag wissen

Fragestunde Die Abgeordneten löcherten insbesondere den Gesundheitsminister Manuel Frick mit Fragen zur Pandemie. Einige sind hier in Interviewform zusammengefasst - Eine ausführliche Version finden Sie ab 9.30 Uhr auf www.volksblatt.li

VON DAVID SELE

Er spüre bei den Abgeordneten eine «konstruktive Ungeduld», sagte Regierungschef Daniel Risch gegen Ende der ersten Coronafragestunde im neuen Landtag. «Wir hätten auch vieles gerne besser, schneller und schöner», meinte Risch mit Blick auf das Krisenmanagement der Regierung. Wichtiger sei ihm jedoch Verlässlichkeit. Tatsächlich war im Kreis der Abgeordneten - anders als in der letzten Legislatur - eine gewisse Unruhe zu spüren, wobei sich fast ausnahmslos «alte» Abgeordnete äusserten. Diverse Fragen und Antworten kamen einer Art Repetition gleich - manches sollte eigentlich längst bekannt sein. Das «Volksblatt» versucht in der Folge vor allem die neuen Aspekte der Fragestunde aufzugreifen:

Das Impfen geht zu langsam vorwärts. Kann man nicht endlich selbst Impfstoff beschaffen. Unabhängig von der Schweiz?

Die Impfstoffhersteller würden sich vermutlich nicht einmal mit Liechtenstein an den Verhandlungstisch setzen, bei diesen geringen Mengen, die verkauft werden könnten. Liechtenstein habe sich bei der Impfstoffbeschaffung immer an die Schweiz gehalten (z. B. auch bei Grippe). Auch das Zulassungsverfahren für Vakzine und Medikamente laufe über die Schweiz. Die Anbindung an die Schweiz habe aktuell keine Nachteile, von Lieferrestriktionen der EU sei man de facto nicht betroffen. Das Grundproblem sei ein anderes: Impfstoff ist weltweit Mangelware.

Warum erhalten Genesene nicht bloss eine Impfdosis, wie in der Schweiz?



Gesundheitsminister Manuel Frick erstmals im Landtag. (Foto: Michael Zanghellini)

Das wird nur in manchen Kantonen so gehandhabt. Die Zulassung sieht auch für Genesene zwei Impfdosen vor. Liechtenstein halte sich an diese Vorgaben. Wer nur eine Dosis erhält, gelte aktuell nämlich auch nicht als «komplett geimpft».

Wann sollen sich Genesene impfen lassen?

Bisher galt: frühestens drei Monate nach Genesung. Dies wurde nun angepasst auf sechs Monate.

Was wenn in der Schweiz der Impfstoff von AstraZeneca zugelassen wird?

Es ist ein umstrittener Impfstoff, der nicht behandelt werden könne wie die anderen. «Für mich ist klar, er könnte nicht in das bestehende Prozedere der Impfkampagne einfließen», so Gesundheitsminister Manu-

el Frick. Allenfalls würde AstraZeneca dann als Alternative angeboten, für solche, die nicht länger auf einen der anderen der zugelassenen Impfstoffe warten wollen.

Wer trägt die Kosten für Impfnebenwirkungen?

Je nach dem wer schuld ist, entweder der Hersteller, die verabreichende Instanz oder der Staat. Diesbezüglich gelten die Bestimmungen aus dem Epidemien-gesetz.

Warum machte man bei den Spucktests an den Schulen zuerst einen Pilotversuch in Schaan. Das kann doch nicht so kompliziert sein?

In der Theorie nicht, aber die Regierung habe die Abläufe zunächst in der Praxis anwenden wollen. Die zeitliche Verzögerung deswegen belief sich auf eine Woche.

Könnte man die Betriebe nicht zur Teilnahme an den Tests verpflichten, sie erhalten ja immerhin auch Hilfgelder vom Staat?

Die Regierung wolle auf Freiwilligkeit der Mitarbeitenden und der Unternehmen setzen. Im Idealfall würden die Mitarbeitenden ihre Arbeitgeber auch selbst zur Teilnahme am Programm auffordern. Der Nutzen sei immerhin für alle Seiten gross.

Die Schüler, die bei den Tests mitmachen, haben nichts davon, ausser dass sie vielleicht in Isolation müssen, falls sie positiv sind. Kann man ihnen nicht immerhin ein Zertifikat ausstellen, dass sie negativ sind?

Nein, weil die Tests unbeaufsichtigt durchgeführt werden gehe das nicht. Doch die Kinder hätten durchaus etwas von ihrer Beteiligung: «Sie haben Gewissheit darüber, ob sie infiziert sind oder nicht und leisten damit einen Beitrag, das schulische Umfeld sicher zu gestalten», so Manuel Frick.

Die Covi-Gapp-Studie des Labors Risch mit den Armbändern hat gute Ergebnisse in der Früherkennung von Corona geliefert. Warum verteilt man nicht so ein Armband an alle Einwohner? Diese könnten sich dann testen lassen, sobald das Armband eine Infektion vermutet.

Das könnte man schon machen, meint Manuel Frick: «Mir wäre mit einer anderen grundlegenden Umstellung mehr geholfen: Dass sich nur schon jene Personen, die bereits Symptome haben, testen lassen. Diese Bitte habe ich. Immer wieder stellen wie im Contact Tracing fest, dass die Leute zu lange warten und die Symptome etwas anderem zuordnen. Sie verbreiten in dieser Zeit das Virus weiter.»

Zahl der Neuinfektionen rückläufig

Wochenüberblick Vergangene Woche wurden etwas mehr Coronatests in Liechtenstein durchgeführt, aber die Zahl der positiven Tests hat sich nicht erhöht.

VON DAVID SELE

Die Zahl der Coronatests an Liechtensteiner Einwohnern hat sich vergangene Woche leicht erhöht. Zwischen dem 26. April und dem 2. Mai wurden insgesamt 1494 Tests verzeichnet, wie aus den Erhebungen des Amtes für Statistik hervorgeht. Das sind 74 Tests mehr als in der Vorwoche.

Positivrate bei 4,1 Prozent

Die Zahl der positiv Getesteten hat hingegen stagniert. Von den insgesamt 1494 durchgeführten Tests sind 61 positiv ausgefallen, also 1 weniger als in der Vorwoche. Die Positivrate lag bei 4,1 Prozent und damit knapp 0,3 Prozentpunkte tiefer als in der Vorwoche. Weiterhin liegt die Positivrate jedoch unter der kritischen Marke von 5 Prozent. Nach einer Faustregel der WHO weist eine Positivrate von mehr als 5 Prozent darauf hin, dass das Infektionsgeschehen nicht unter Kontrolle ist - also durch die Testungen nicht ausreichend abgebildet wird. Zu beachten ist jedoch, dass die Positivrate durch die Ausweitung der Tests seit Anfang April naturgemäss eher tiefer ausfällt. Ausgehend von der durchschnittlichen wöchentlichen Testzahl zwischen Januar und März läge sie mit 62 positiven Fällen bei 7,1 Prozent. Die täglich

gemeldeten Laborergebnisse sind bekanntlich starken Schwankungen unterlegen. Es lohnt sich daher, einen gleitenden Durchschnittswert zu berechnen, um eine Tendenz zu erkennen. Nach einer deutlichen Zunahme der Infektionszahlen nach Ostern, hatte sich des Infektionsgeschehen über gut drei Wochen hinweg bei einem Durchschnitt von etwa 10 neuen Fällen pro Tag stabilisiert. Bereits vergangene Woche war eine leicht sinkende Tendenz zu beobachten. In der laufenden Woche zeigt sich nun ein klarer Rückgang der gemeldeten Neuinfektionen. Stand Dienstag lag der 7-Tage-Durchschnitt bei 6,9 neuen Fällen pro Tag. In den sieben Tagen zuvor waren es durchschnittlich 8,3 neue Fälle pro Tag gewesen.

Die Zahl der Hospitalisierten verhält sich derweil stabil. Seit der Zunahme Mitte/Ende April lagen jeweils 6 bis 8 Corona-Patienten gleichzeitig im Spital. Per Dienstag benötigten 7 Covid-19-Patienten aus Liechtenstein stationäre Spitalbehandlung. Wie Gesundheitsminister Manuel Frick am Mittwoch im Landtag ausführte, sei die Lage auf den Intensivstationen der Schweizer Spitäler nach wie vor angespannt. Mangels einer eigenen Intensivstation ist Liechtenstein auf die Schweizer Kapazitäten angewiesen. Den letzten Corona-Todesfall verzeichnete Liechtenstein am 21. April. Stand Dienstag ist somit seit 13 Tagen niemand im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung verstorben. Eine Person im April 2020. Weitere 38 zwischen Ende Oktober und Ende Dezember 2020. Im Jahr 2021 wur-

den bislang 18 Todesfälle verzeichnet, davon 13 im Januar.

Über das Durchschnittsalter der Verstorbenen machte die Regierung seit dem letzten Todesfall auf Anfrage des «Volksblatts» keine Angaben. Diese Daten würden zu einem späteren Zeitpunkt wieder publiziert.

Impfbereitschaft momentan bei 57 Prozent

Wie Gesundheitsminister Manuel Frick im Landtag erklärte, haben bis Mittwoch 4965 Personen beide nötigen Impfdosen erhalten. 4388 Personen warteten auf die zweite Impfdosis. Bislang haben sich 13 000 Personen über das Online-Anmeldeportal um einen Impftermin beworben. Davon hätten 5500 bereits einen Termin erhalten. Damit seien 47 Prozent der Einwohner entweder bereits geimpft, hätten bereits einen Termin oder hätten sich zumindest um einen Termin beworben, führte Manuel Frick weiter aus. Anmelden können sich in Liechtenstein derzeit aber nur die Erwachsenen. Die «Impfwilligkeit» der erwachsenen Wohnbevölkerung liegt demnach bei 57 Prozent. Weiter sagte Frick im Landtag auf Nachfrage, dass auch in Liechtenstein mittlerweile nur noch minimale Vorräte für die Zweitimpfungen gelagert. Da die Liefersituation mittlerweile verlässlicher planbar sei, habe das Impftempo damit erhöht werden können. «Viel schneller geht es nicht», so Frick. Alle, die sich bis jetzt um einen Impftermin beworben haben, sollen bis spätestens Mitte Juni mindestens die erste Impfdosis erhalten, versprach der Minister.

Robuste Wirtschaft

Kein Unternehmen starb an Corona

VADUZ Ein Jahr nach Ausbruch der Coronapandemie könne festgehalten werden, dass die liechtensteiner Wirtschaft die Krise vergleichsweise gut überstanden hat. Das sagte Wirtschaftsministerin Sabine Monauni am Mittwoch im Landtag. Auch der Arbeitsmarkt habe sich als äusserst robust erwiesen. Ende April lag die Arbeitslosenquote bei 1,8 Prozent. 2020 waren es im Durchschnitt 1,9 Prozent. «Das muss man sich mal vor Augen führen im Vergleich mit anderen Ländern», verwies Monauni auch auf die Zunahme an offenen Stellen. Das Massnahmenpaket für die Wirtschaft habe sich bewährt. Es sei kein nennenswerter Anstieg an Insolvenzen zu beobachten. «Und keine einzige rein coronabedingte Insolvenz», so Monauni. Diverse Unterstützungsleistungen habe die Regierung kürzlich auch verlängert, damit Planungssicherheit für das dritte Quartal bestehe. Die Abgeordneten zeichneten hingegen eher eine düstere Stimmungslage - insbesondere mit Blick auf die Gastronomie. Gunilla Marxer-Kranz (VU) sorgte sich um die Wirtschaftlichkeit der Terrassenöffnung. Monauni versicherte auf Nachfrage, dass die Unterstützung trotzdem weitergeführt werde. Günter Vogt (VU) und Wendelin Lampert (FBP) thematisierte die Situation des Personals (kein Trinkgeld und gekürzter Lohn wegen Kurzarbeit). Einig waren sich beide, dass eine möglichst rasche Herdenimmunität die einzige nachhaltige Lösung sein kann. Lampert brachte zudem erneut die Idee, Gutscheine an die Bevölkerung zu verteilen auf den Tisch. (ds)